

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Gerd Mannes

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Leo Dietz

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Benno Zierer

Abg. Anna Rasehorn

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Prof. Dr. Ingo Hahn und Fraktion (AfD)

Klimaschutzpolitik auf Kosten des Handwerks? Anhörung zu den Auswirkungen der nationalen CO₂-Abgabe auf das bayerische Bäckerhandwerk (Drs. 19/5977)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist der Kollege Gerd Mannes für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die sogenannte Klimapolitik ist nichts anderes als eine rücksichtslose Enteignung. Die Vorstellung, man könne eine CO₂-freie Volkswirtschaft organisieren, ist völliger Unsinn. Die CO₂-freie Volkswirtschaft wird es nie geben oder zumindest nicht wettbewerbsfähig, und die CO₂-Steuer ist ein brutaler Raubbau an unserer wirtschaftlichen Zukunft.

Diese Abgabe wurde mit dem Versprechen eingeführt, dass die Einnahmen an die Bürger zurückgezahlt werden. Das war ein verlogenes Täuschungsmanöver, um sich diese neue Steuer zu ergaunern. Der nationale CO₂-Preis steigt, politisch gesteuert, mit jedem Jahr an. Die Einnahmen aus dieser "Luftsteuer", wie wir sie nennen, lagen letztes Jahr bei 13 Milliarden Euro. Das Geld fließt in den sogenannten Klima- und Transformationsfonds und wird für idiotische grüne Projekte verschleudert. 500 Millionen davon hat zum Beispiel Robert Habeck für die Northvolt-Insolvenz versenkt, bevor er ins selbstgewählte Asyl geflüchtet ist – nach Dänemark.

Das Geld ist eben nicht vom Himmel gefallen, sondern es ist den Verbrauchern über die CO₂-Abgabe weggenommen worden. Mit jeder Kilowattstunde Strom, mit jedem Liter Heizöl, mit jedem Kubikmeter Gas werden wir systematisch abgezockt. Die baye-

rischen Handwerksbetriebe und besonders die energieintensiven Branchen leiden extrem unter dieser Abzocke. 80 % der Bäckereien nutzen Erdgas als primären Energieträger. Sie zahlen den vollen CO₂-Aufschlag, der jedes Jahr ansteigt. Damit steigen die Produktionskosten, und die Kunden zahlen entsprechend mehr. Eine Umstellung auf Strom ist für sie wirtschaftlich schwierig, und die Strompreise sind ebenfalls viel zu hoch. Um es noch einmal ganz klar zu sagen: Wir haben den teuersten Strom weltweit in Deutschland. Sie von den Altparteien haben das verschuldet.

Dazu kommt, dass die gesamte Wertschöpfungskette vom Rohstoffeinkauf bis zur Auslieferung der Waren durch die CO₂-Abgabe belastet wird. Die CO₂-Steuer ist also ein furchtbarer Inflationstreiber bei den Nahrungsmittelpreisen. Anstatt diese Entwicklung wieder zurückzuführen, soll es die nächste Anhebung der CO₂-Steuer schon 2026 geben. Die Auswirkungen der nationalen CO₂-Abgabe auf das bayerische Bäckerhandwerk, ich habe es gerade erläutert, sind schwerwiegend, und wir dürfen sie nicht ignorieren. Die aktuelle Klimaschutzpolitik ist eine ernsthafte Bedrohung für unsere mittelständischen Betriebe.

Wir fordern daher eine umfassende Überprüfung und Korrektur der bestehenden Maßnahmen. CSU, FREIE WÄHLER, GRÜNE und SPD haben in der letzten Ausschusssitzung ihr wahres Gesicht gezeigt und offen gestanden, dass sie alle an der CO₂-Abzocke festhalten wollen. Sie nehmen billigend die Kollateralschäden für das Bäckerhandwerk in Kauf. Wir fordern deshalb immer noch eine Anhörung, um die politische Problemstellung ans Licht zu bringen. Die Opfer der derzeitigen Politik müssen zu Wort kommen. Wir brauchen Klarheit darüber, was die CO₂-Steuer in den Betrieben anrichtet. Wir müssen wirksame politische Gegenmaßnahmen entwickeln. Die ständigen Steuererhöhungen zerstören ganze Branchen.

Wir als AfD sagen: Schluss mit der Klimaabzocke! Schluss mit der Gängelung der heimischen Wirtschaft! Für uns ist klar: Wir brauchen gezielte Entlastungen für das Handwerk, damit der Fortbestand unserer Betriebe auch in Zukunft gesichert ist. Es ist

völlig unverständlich, dass auch Sie von der CSU und den FREIEN WÄHLERN diese Anhörung abgelehnt haben und die Augen vor der Realität verschließen. Stimmen Sie heute unserem Antrag zu, damit wir Lösungen für die bayerischen Handwerker erarbeiten können.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Leo Dietz für die CSU-Fraktion das Wort. – Bitte schön.

Leo Dietz (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Heute kämpft die AfD nicht für die Bürgerinnen und Bürger wie beim letzten Mal, was die CO₂-Bepreisung betrifft, sondern dieses Mal sind es die Bäcker. Die AfD fordert eine Anhörung bezüglich der nationalen CO₂-Bepreisung und deren Auswirkungen auf das bayerische Bäckerhandwerk. Wenn man den Antrag durchliest, sieht man auch heute, dass die Partei wieder mit einem Antrag aufschlägt, der die Agenda Russlands verfolgt

(Lachen und Widerspruch bei der AfD)

– so oft wie ihr das reinschreibt, so oft werde ich das sagen –, dieses Mal durch den Vorwurf, dass die Verknappung von Erdgas auf dem freiwilligen Verzicht auf preiswerte russische Energielieferungen beruht.

(Widerspruch bei der AfD – Zuruf der Abgeordneten Elena Roon (AfD))

– Das haben Sie in Ihrem Antrag drin, also darf ich das auch hier bringen.

Eine zweite Behauptung ist – die hat der Kollege Mannes heute gar nicht erwähnt –, dass die Gasnetze zurückgebaut werden und diese Ankündigung die Betriebe natürlich verunsichert. – Niemand baut Gasnetze zurück. Niemand hat angekündigt, Gasnetze zurückbauen zu wollen.

(Widerspruch bei der AfD)

Sie werden lediglich stillgelegt. Ein guter Versorger weiß, dass ein Gasnetz, wenn es zur Verfügung steht, später möglicherweise auch für Wasserstoff genutzt werden kann, wenn dieser Wasserstoff aus Infrastrukturmaßnahmen und in der Menge, die benötigt wird, zur Verfügung steht. Ob und wann das kommt, steht momentan noch in den Sternen.

Die AfD orientiert sich mit ihrer heutigen Nebelkerze am Bäckerhandwerk in Bayern und behauptet, die CO₂-Bepreisung sei schuld am Niedergang der bayerischen Bäckerhandwerksbetriebe. Wenn man sich aber ernsthaft mit den Bäckereibetrieben auseinandersetzt, merkt man schnell, dass die CO₂-Bepreisung klar Kosten verursacht – das ist alles unbestritten; das ist aber auch so gewollt –, aber sie ist nicht das Hauptproblem dieser Branche.

Lassen Sie mich dazu ein bisschen erzählen. Man muss sich ja bloß ein bisschen damit auseinandersetzen. Beginnen wir mit den Rohstoffen: Die Rohstoffkosten für Mehl, Zucker, Hefe, Obst, Butter und Margarine sind im Verhältnis zu vor zehn Jahren wirklich exorbitant gestiegen. Das ist ein Riesenproblem für die Branche.

Die Energiekosten sind vor dem Jahr 2021 gerade im Bereich Gas exorbitant gestiegen, fast 80 % seinerzeit. Dabei ist noch nicht der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine berücksichtigt, der noch einmal mehr Salz in die Wunde gestreut hat. Ganz ehrlich: Die Ampel-Regierung hat das in den darauf folgenden dreieinhalb Jahren nicht unbedingt besser gemacht. Die Preise sind gestiegen. Wo die Fehler liegen, ist etwas anderes.

Der Wettbewerb durch Discounter, die günstige Backwaren anbieten, und industrielle Großproduzenten, die in Massen produzieren, führt dazu, dass kleine traditionelle Bäckerbetriebe ein Problem haben und Kunden verlieren. Herr Kollege Mannes, hinzu kommen auch noch – das wissen Sie selber – die Essgewohnheiten und das veränderte Konsumverhalten der Verbraucher. Essen wir regelmäßig Brot, dann kommt der Bäcker nicht in Not. Es handelt sich um eine Ernährungssache.

Bürokratie und zunehmende Vorschriften im Bereich Hygiene, Ernährung und Nachhaltigkeit können eine zunehmende Belastung sein und Kosten auslösen.

Die Online-Notwendigkeit im Rahmen der Digitalisierung zwingt die Betriebe teilweise zu teuren Verpackungs- und Versandmaßnahmen.

Der Mangel an qualifiziertem Personal und die nicht vorhandene Bereitschaft von jungen Menschen, diesen Beruf zu erlernen, bringt die Bäckereibetriebe in ganz große Not. Warum will das keiner machen? – Die Arbeitszeiten sind unattraktiv. Woanders kann man ordentlich Geld verdienen. Die Bäckereien stehen immer in Konkurrenz mit der Industrie.

Zuallerletzt kommt schließlich die CO₂-Bepreisung. Zwar ist die CO₂-Bepreisung schwierig und kostet Geld – das ist gar keine Frage –, aber sie wird in Bayern im Sinne des Klimaschutzes grundsätzlich unterstützt. Das wissen Sie. Es handelt sich um ein marktwirtschaftliches Instrument, das auf Anreize statt auf Verbote setzt. Warum? – Wir wollen dort, wo es geht, weg von der CO₂-Emission. Niemand sagt, dass wir mit Gewalt CO₂-frei werden wollen. Dort, wo wir CO₂ einsparen können, müssen wir es jedoch tun. Wir dürfen es nicht mit Gewalt überall dort tun, wo es möglich wäre.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Klimaschädliches Verhalten soll sich weniger lohnen. Das gilt zum Beispiel für fossile Brennstoffe. Ziel ist es, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, indem klimaschädliches Verhalten teurer und klimafreundliche Alternativen wirtschaftlich attraktiver gemacht werden. Die CO₂-Bepreisung setzt einen finanziellen Anreiz, Emissionen zu vermeiden und in klimafreundliche Technologien zu investieren.

Das im Jahr 2019 eingeführte Brennstoffemissionshandelsgesetz sieht vor, fossile Brennstoffemissionen aus den Sektoren Gebäude und Verkehr, die bisher nicht dem europäischen Emissionshandel unterliegen, mit dem CO₂-Preis zu versehen. Die Ver-

teuerung durch die CO₂-Bepreisung der Emissionen – das habe ich vorhin schon gesagt – ist klimapolitisch gewollt. Sie soll eine Lenkungsfunktion hin zu CO₂-emissionsarmen, nicht zu CO₂-freien Technologien entfalten. Die CO₂-Bepreisung gilt als marktwirtschaftliches Mittel zur Erreichung gesetzlicher Klimaziele. Der Preis auf CO₂ schafft klare Rahmenbedingungen, auf die sich die Wirtschaft und die Industrie einstellen können. Dadurch werden Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und klimafreundliche Innovationen gefördert. Auch wenn Bayern nur einen kleinen Anteil an den weltweiten Emissionen hat, ist es wichtig, lokal Verantwortung zu übernehmen.

Bayern kann als Vorbildregion für eine nachhaltige und zukunftsfähige Klimapolitik agieren. Klimaschäden, zum Beispiel durch Extremwetter, verursachen bereits heute hohe wirtschaftliche Kosten. Die CO₂-Bepreisung hilft, diese Schäden zu minimieren. Somit ist es auch wirtschaftlich sinnvoll. Die Einnahmen fließen in regionale Klimaschutzmaßnahmen, in den öffentlichen Nahverkehr oder in die Energieinfrastruktur. Das stärkt die regionale Wertschöpfung. Deutschland und damit auch Bayern ist durch das Klimaschutzgesetz und die internationalen Abkommen, zum Beispiel das Pariser Abkommen, verpflichtet, Emissionen zu reduzieren. Ohne wirksame Maßnahmen wie die CO₂-Bepreisung sind diese Ziele nicht erreichbar.

Wir lehnen diesen Antrag wieder ab; denn es besteht kein Bedarf für eine Anhörung zu den Auswirkungen der CO₂-Bepreisung auf das Bäckerhandwerk oder andere Wirtschaftszweige. Im Fazit geht es Ihnen absolut nicht um das Bäckerhandwerk; das haben wir schon festgestellt. Stattdessen geht es Ihnen ausschließlich um die CO₂-Bepreisung, die Sie versuchen, auf jedem nur denkbaren Weg zu torpedieren.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Mannes für die AfD-Fraktion vor. – Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Herr Dietz, ich stelle fest, Sie haben die skrupellose Abzocke durch die CO₂-Steuer gerade verteidigt. Ich sage Ihnen etwas: Diese ist volkswirtschaftlich schädlich und nicht nützlich. Sie brauchen diese auch nicht mit Putin in Verbindung zu bringen. Sie kassieren die Menschen ab und sammeln das Geld ein. Was machen Sie damit? – Keine sinnvollen Projekte. Sie wollen grünen Stahl produzieren. Das wollen noch nicht einmal die Unternehmen. Sie wollen noch nicht einmal eineinhalb Milliarden Euro geschenkt. Das ist, als würden Sie das Geld in ein Schwarzes Loch schmeißen. Das haben Sie bei Northvolt getan.

Ich fasse noch einmal zusammen: Mit der CO₂-Steuer verlieren wir Arbeitsplätze. Sie kassieren die Leute ab. Das Geld ist weg. Das Leben wird teurer. Jetzt frage ich Sie noch einmal: Wollen Sie den Bäckern in Bayern helfen, ja oder nein? Nach Ihren Ausführungen wollen Sie denen nicht helfen.

Leo Dietz (CSU): Herr Kollege Mannes, ich habe nichts über Putin gesagt. Ich habe eine Zeile aus Ihrem Antrag zitiert, wonach auf russische Energielieferungen verzichtet werde. Das ist Punkt eins. Putin habe ich nicht in den Mund genommen.

Punkt zwei: Wenn Sie sich wirklich mit den Bäckerbetrieben und auch mit Großbetrieben auseinandersetzen – tatsächlich machen wir das –, werden Sie feststellen, dass Großbetriebe durchaus diese Chance wahrgenommen haben und in solche Technologien investiert haben. Angesichts der Preise für fossile Brennstoffe, die irgendwann endlich sind, wissen sie, dass es dauerhaft nicht mehr geht. Was erzählen Sie, wenn die fossilen Brennstoffe aufgebraucht sind? Man hätte früher in andere Technologien investieren sollen? Wir glauben, den richtigen Weg zu gehen. Dabei bleiben wir. Es muss eine Transformation stattfinden. Diese muss auch finanziert werden.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. – Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Dietz, Sie haben den Passus aus dem Antrag der AfD schon zitiert. Ich glaube, ich muss ihn noch einmal zitieren, weil es wirklich unglaublich ist. Dort heißt es: "Das Bäckerhandwerk wurde durch eine politische Verteuerung von Erdgas bei gleichzeitiger Verknappung des Energieträgers durch den freiwilligen Verzicht auf preiswerte russische Energielieferungen in eine untragbare Situation versetzt." Laut aktueller Nachrichten hat Putin die Ukraine heute Nacht wieder mit 400 Drohnen und Dutzenden von Raketen angegriffen, wie schon in den letzten Tagen. Allein in den letzten Tagen gab es Hunderte Tote. Sie sprechen von einer politischen Verteuerung von Erdgas und von preiswerten russischen Energielieferungen, auf die wir freiwillig verzichten. Angesichts dieser abscheulichen und unmenschlichen Politik, auf die Sie setzen und die das Sterben und das Leiden der ukrainischen Zivilbevölkerung einfach auf die Seite schiebt, fehlen einem wirklich die Worte. An dieser Stelle muss man sich schon fragen: Fließen Gelder an die AfD, dass Sie so willfährige Helfer für Putin werden?

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wir müssen raus aus den Abhängigkeiten – kein Gas aus Russland. Seit dem Jahr 2022 gibt es ein Förderprogramm der Ampel-Regierung zur Elektrifizierung von kleinen Unternehmen. Beispielsweise können Bäckereibetriebe bei der KfW einen Antrag stellen und einen Zuschuss von bis zu 60 % erhalten, wenn sie ihre Gasöfen durch Elektroöfen ersetzen. Das kann man Stück für Stück machen. Das passt auch nicht für jedes Produkt. Manchmal sind auch noch für das eine oder andere Produkt Gasöfen erforderlich. Jedoch setzen immer mehr Bäckereibetriebe auf Elektroöfen. Dadurch können sie zum Beispiel den günstigen Nachtstrom nutzen. Mittlerweile beträgt der Anteil erneuerbarer Energien 60 %, im Juni waren es 75 %. Tagsüber können die Betriebe günstigen Strom von der PV-Anlage nutzen. Das ist Transformation. So macht man das Bäckerhandwerk zukunftsfähig. Ihre Vorschläge gehen daran komplett

vorbei. Aber was will man von einer Partei, die den Klimawandel leugnet, schon viel erwarten?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Mannes für die AfD-Fraktion vor.

Gerd Mannes (AfD): Herr Stümpfig, Sie können doch nicht abstreiten, dass unsere Volkswirtschaft unter den verteuerten Gaslieferungen leidet. Das ist doch unbestritten.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Wissen Sie, was die neue Wirtschaftsministerin machen möchte? – Sie will Gaskraftwerke liefern. Ich sage Ihnen warum. Die GRÜNEN waren so verrückt, darauf zu drängen, die Kernkraftwerke abzuschalten. Deswegen brauchen wir Gaskraftwerke. Das Problem ist mitnichten gelöst. Wir brauchen auch in Zukunft sehr viel Gas. Und jetzt sagen Sie mir: Sollen wir das teuer einkaufen oder doch möglichst günstig unter Umständen in Russland kaufen?

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Mannes, ich bin wirklich fassungslos, dass Sie tatsächlich immer noch in Erwägung ziehen, Gas aus Russland zu beziehen.

(Martin Böhm (AfD): Woher denn sonst?)

Die Hunderte von Toten allein in den letzten Tagen sind Ihnen egal – Hauptsache das Gas ist billig. Ist das Ihre Politik? – Nein, unsere ist es auf gar keinen Fall. Damit stehen Sie auch ganz alleine hier im Hohen Haus und deutschlandweit. Ich sage es noch einmal: Das ist abscheulich.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Benno Zierer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. – Bitte schön.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CO₂-Abgabe ist ein beliebtes Thema für AfD-Anträge. Das hatten wir schon ein paar Mal. Dieses Mal wollen Sie eine Sachverständigenanhörung zu den Auswirkungen auf das bayerische Bäckerhandwerk. Ganz überraschend bauen Sie in diesen Antrag natürlich auch das wunderbare billige russische Gas ein. Aber wir kennen das doch, dass Sie sich gerne zu Stiefelknechten der russischen Politik machen. Das überrascht uns nicht. Das müssen Sie mitnehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es würde doch überhaupt keinen Sinn ergeben, würde man im Bayerischen Landtag Experten zu den Auswirkungen des Bundesgesetzes befragen. Dass die Bäckereien unter sehr hohen Energiekosten leiden, wissen wir. Dazu brauchen wir keine Anhörung. Wir sind ständig im Gespräch mit den Verbänden und den Betrieben vor Ort. Bei mir wird gerade ein neuer Betrieb errichtet, und zwar nach den Vorgaben, die wir in Zukunft brauchen. Das ist bei Ihnen vielleicht anders, aber das ist Ihr Bier.

Wir wissen auch, dass viele Betriebe, die modernisieren, vorbildlich investieren, um energieeffizienter zu werden und auch jetzt schon, soweit es geht, energieeffizient zu arbeiten. Manche stellen auf Pellets um, andere nutzen intensiver die Wärmerückgewinnung. Die Branche ist sehr innovativ. Alle Handwerker sind innovativ, die für die Zukunft planen. Genau das ist ein Effekt, den wir mit der CO₂-Abgabe erreichen wollen.

Dass unser Lebensmittelhandwerk dennoch weitere Unterstützung braucht, ist doch klar. Das umfasst die Senkung der Stromsteuer, die Entlastung von Netzentgelten und – extrem wichtig – die Entlastung von Bürokratie. Diese Dinge können wir lösen. Dazu brauchen wir keine Anhörung. Darum werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Als nächster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Anna Rasehorn für die Fraktion der SPD das Wort. – Bitte schön.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen!

(Lachen bei der AfD)

Die AfD hat mal wieder in ihrer Mottenkiste herumgekrämt und einen Klassiker gefunden: Wir tun mal so, als würden wir das Handwerk retten, aber eigentlich wollen wir den Klimaschutz bekämpfen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Antrag hat rein gar nichts mit den Sorgen der Bäckereien zu tun. Mein Kollege Leo Dietz hat die Probleme des Bäckerhandwerks gerade schon zur Genüge ausbreitet. Ja, es stimmt, die Bäckereien spüren die hohen Energiepreise. Aber warum? – Dank Ihrem Rubelfreund Putin. Hätten Sie sich tatsächlich mit dem Bäckerhandwerk beschäftigt, hätten Sie ein paar brauchbare Beispiele vorbringen können: sei es der Nachfolgebonus für Handwerksbetriebe, sei es die Investition in Speicherkapazitäten, sei es – ach ja, stimmt, Sie sind ja gegen Windkraft und Photovoltaik – die Förderung erneuerbarer Energien oder sei es, dass die Förderung der Transformation der Öfen vorangebracht wird. – All das hätten Sie vorschlagen können, aber nichts davon kommt von Ihnen, weil Sie einfach mal wieder hetzen wollen.

Vielen lieben Dank für gar nichts! Wir demokratischen Fraktionen lassen uns diesbezüglich nicht auseinanderbringen. Die Bäcker lassen sich nicht gegen den Klimaschutz, die Wirtschaft nicht gegen die Zukunft ausspielen. Vielen lieben Dank, wir lehnen ab.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion vor. – Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Frau Rasehorn, ich muss Sie ein bisschen korrigieren. Wir sind nicht für irgendetwas; sondern für günstige Energie. Natürlich sind wir diesbezüglich technologieoffen. Aber ich sage Ihnen etwas: Das ist schon ein starkes Stück.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Es ist wirklich ein starkes Stück, dass Sie sich als SPD-Abgeordnete hier hinstellen und vergessen haben, wer die ganzen Deals mit Russland eingetütet hat. Das war Gerhard Schröder. Daran sollten Sie sich einmal erinnern.

Anna Rasehorn (SPD): Ja, man kann nicht auf jeden Bundeskanzler stolz sein.

Gerd Mannes (AfD): Natürlich sind wir dann davon abhängig geworden. So schnell kann man eine Volkswirtschaft auch nicht umstellen, und sie hat sehr darunter gelitten.

Aber jetzt zu meiner Frage: Sie haben versprochen, die CO₂-Steuern von 13 Milliarden Euro, die Sie einnehmen, wieder an die Leute zurückzugeben. Nichts ist passiert, gar nichts. Das ist aus meiner Sicht extrem unsozial. Deshalb frage ich Sie als SPD-Abgeordnete: Warum sind Sie so unsozial, nehmen den Leuten das Geld weg und geben ihnen nichts zurück?

Anna Rasehorn (SPD): Zunächst sind wir für Verteilungsgerechtigkeit. Wir nehmen gerne vor allem Millionär:innen Geld weg, um es gerecht zu verteilen. Da ist die SPD schon immer vorne mit dabei.

(Zurufe von der AfD)

Zur CO₂-Bepreisung: Es wird reinvestiert. Die Bäckereien erhalten dafür auch gutes Geld. Es wird ihnen nichts weggenommen. Nein, wir verwenden das Geld, um sie zu unterstützen, zum Beispiel um in elektrische Öfen zu investieren, um Wärme zurück-

zugewinnen. Das heißt, wir unterstützen sie bei der Transformation und nehmen ihnen gar nichts weg. Also ist die Frage total irrelevant.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist damit abgelehnt.